

ÖSTERREICH

Gerupfte Gewerkschaft

Eines der bestgehüteten Geheimnisse der Alpenrepublik steht vor der Enthüllung. Im Zuge der Krise der gewerkschaftseigenen Bawag-Bank muss der Österreichische Gewerkschaftsbund (ÖGB) nun seinen legendären Streikfonds aufdecken. Der „Offenbarungseid“, so hohe Funktionäre, ist die Folge windiger Spekulationsgeschäfte der „Bank für Arbeit und Wirtschaft“. Doch eine Staatsbürgschaft durch Kanzler Wolfgang Schüssel in Höhe von 900 Millionen Euro konnte in der vergangenen Woche das Geldhaus vor der drohenden Insolvenz retten. Die Hilfe für die rote Bank durch den schwarzen Bundeskanzler ist für



Bawag-Zentrale in Wien

SAMUEL ARANDA / AFP



Demonstration gegen die Blockade von Hilfsgeldern in Gaza-Stadt

NAHOST

Koffer voller Geld

Die Palästinensische Autonomiebehörde unter Premier Ismail Haniya steht vor dem Aus. Innerhalb der nächsten zwei Monate, warnt Finanzminister Omar Abd al-Rassak, werde die Behörde sich bankrott erklären müssen und auseinanderbrechen. Entgegen aller bisherigen Hoffnung, so Abd al-Rassak zum SPIEGEL, sehe er „keinen Weg, wie wir den Kollaps noch verhindern können“. An Hilfszusagen mangelt es nicht. Die Arabische Liga hat der Autonomiebehörde monatlich gut 50 Millionen US-Dollar versprochen. Doch die Arab Bank in Kairo weigert sich, das Geld an die Palästinenser zu überweisen – aus Furcht vor Sanktionen aus den USA. Auch ein Hilferuf an verschiedene europäische Geldinstitute, darunter die Commerzbank in Frankfurt, zeigte keinen Erfolg. Einen Teil des Geldes versuchen die Islamisten nun über Konten unverdächtiger Geschäftsleute zu transferieren. Zudem kommen Kuriere zum Einsatz, die Koffer voll Bargeld von Israel in die Autonomiegebiete schmuggeln. Unterdessen spitzt sich vor allem im Gaza-

Streifen die humanitäre Krise zu. Hilfsorganisationen berichten, dass bereits zehn Prozent der Kinder unter fünf Jahren an Mangelernährung leiden. Die Sterberate der Jüngsten sei um 30 Prozent gestiegen. Einen Vorschlag der EU-Kommission, das Geld für Krankenhäuser und Medikamente direkt über das Büro des prowestlichen Präsidenten Mahmud Abbas zu leiten, lehnten die Amerikaner ab.

Die USA setzen bei ihrem Boykott darauf, dass sich die Palästinenser wegen der miserablen Lebensbedingungen von den Islamisten abwenden. Doch die Popularität der in den USA und der EU als Terrororganisation eingestuften Hamas

scheint ungebrochen. Die Fundamentalisten-Organisation will die Regierungsmacht deshalb nicht aus der Hand geben. Autonomie-Experten der israelischen Sicherheitsdienste warnen bereits vor den Folgen eines Zusammenbruchs. „Ein Zusammenbruch der Autonomiebehörde“, so ein ranghoher Beamter des Inlandsgeheimdienstes Shin Bet, sei „weder im Interesse Israels noch des Westens“.



Premier Haniya

REX FEATURES / ACTION PRESS